Rechtshilfe und Auslieferung

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Der Mutual Assistance in Criminal Matters Act 2000

Der Mutual Assistance in Criminal Matters Act 2000 (MACMA) ist das zentrale Gesetz für die Zusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgern. Sein Langtitel beschreibt als Zweck, „the provision and obtaining of international assistance in criminal matters" zu erleichtern. Der Attorney-General ist in beide Richtungen die zentrale Behörde: Ersuchen aus Singapur „may be made only by the Attorney-General", während jedes Ersuchen eines ausländischen Staates an ihn zu richten ist.[1]

Das Gesetz unterscheidet zwischen zwei Gruppen von Staaten. Manche Formen der Rechtshilfe, etwa die Beweisaufnahme, stehen jedem ausländischen Staat offen. Andere, darunter Herausgabeanordnungen (Production Orders), Durchsuchung und Beschlagnahme sowie die Vollstreckung von Einziehungsanordnungen, sind „prescribed" (bestimmten) ausländischen Staaten vorbehalten. Diese kann der Minister bestimmen, wenn ein Vertrag, ein Memorandum of Understanding oder eine andere Vereinbarung über Rechtshilfe in Kraft ist. Ein nicht bestimmter Staat kann dennoch bestimmte Formen der Rechtshilfe erhalten, wenn er zusagt, einem künftigen Gegenersuchen Singapurs nachzukommen.[2] Dieser Aufbau spiegelt die Bedeutung wider, die Singapur der Gegenseitigkeit beimisst, ein Motiv, das in seiner Regulierungsdiplomatie immer wiederkehrt.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Ablehnungsgründe und beiderseitige Strafbarkeit

Der Attorney-General muss ein Ersuchen in einer Reihe von Fällen ablehnen, die Section 20(1) aufzählt. Dazu gehören Straftaten „of a political character", rein militärische Straftaten, Ersuchen, die gestellt werden, um eine Person wegen ihrer Rasse, Religion, ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, Staatsangehörigkeit oder politischen Überzeugung zu benachteiligen, Fälle, in denen die Person wegen desselben Verhaltens bereits verurteilt, freigesprochen oder begnadigt wurde, Straftaten, die „not of sufficient gravity" sind, und Rechtshilfe, die „contrary to public interest" wäre. Er kann ein Ersuchen außerdem ablehnen, wenn die Rechtshilfe Singapurs Ressourcen „excessive burden" auferlegen oder die Sicherheit einer Person gefährden würde.[3]

Für die Zwangsformen der Rechtshilfe gilt der Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit. Ein Ersuchen um eine Herausgabeanordnung, einen Durchsuchungsbefehl oder die Vollstreckung einer Einziehungsanordnung ist abzulehnen, wenn das Verhalten „would not have constituted a Singapore offence", hätte es sich in Singapur ereignet. Die Absätze (4) und (5) enthalten besondere Regeln für ausländische Steuerhinterziehungsdelikte.[4] Diese Bestimmungen gehören zu den Reformen, mit denen Singapur schwere Steuerdelikte zu Vortaten der Geldwäsche machte und sein Bankensystem für ausländische Steuerbehörden öffnete. Kapitel II von Teil E zeichnet diese Entwicklung nach.

Herausgabeanordnungen und der Schutz von Beweismitteln

An den Herausgabeanordnungen zeigt sich, wie das Gesetz sowohl die ausländischen Ermittlungen als auch die Betroffenen schützt. Ein bestimmter ausländischer Staat kann um eine Anordnung ersuchen, mit der eine Person in Singapur verpflichtet wird, einen Gegenstand für eine Strafsache im Ausland herauszugeben. Ist ein Finanzinstitut betroffen, ist der Antrag an die General Division des High Court zu richten. Das Gericht muss überzeugt sein, dass hinreichende Gründe für den Verdacht bestehen, dass eine bestimmte Person eine ausländische Straftat begangen oder aus ihr Vorteile gezogen hat. Der Gegenstand muss für die ausländische Sache

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

voraussichtlich „of substantial value“ sein und darf nicht dem Anwaltsprivileg (legal privilege) unterliegen. Schließlich darf die Herausgabe nicht dem öffentlichen Interesse widersprechen. Wer der Anordnung ohne triftigen Grund nicht nachkommt oder in wesentlicher Hinsicht falsches oder irreführendes Material vorlegt, wird mit Geldstrafe bis zu 10.000 S$ oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.[5]

Ein ausländischer Staat, der Unterlagen erhält, muss zusagen, ihre Verwendung auf den angegebenen Zweck zu beschränken und sie auf Verlangen zurückzugeben oder zu vernichten. Ohne eine solche Zusage ist das Ersuchen abzulehnen.[6] Für Banken bedeuten diese Regeln, dass Kundenunterlagen Singapur nur nach einer gerichtlichen Entscheidung verlassen. Der Kunde wird in der Regel nicht vorab benachrichtigt. Die Anordnung beruht jedoch auf Feststellungen, die das Gericht aktenkundig getroffen hat.

Der Extradition Act 1968

Die Auslieferung regelt der Extradition Act 1968, der aus den ersten Jahren der Unabhängigkeit stammt. Eine auslieferungsfähige Straftat muss mit „a maximum punishment of imprisonment for not less than 2 years or any more severe punishment“ bedroht sein. Das Gesetz gilt für einen ausländischen Staat nur, wenn der Minister dies durch Bekanntmachung in der Gazette anordnet, was in der Praxis einen Vertrag voraussetzt. Jeder Flüchtige aus einem solchen Staat kann dann vorbehaltlich der Bedingungen des Gesetzes und des Vertrags festgenommen und überstellt werden.[7]

Es gelten die klassischen Einschränkungen. Niemand darf wegen einer Straftat „of a political character“ überstellt werden. Die Überstellung setzt zudem voraus, dass das Recht des ersuchenden Staates oder ein Vertrag ausschließt, dass die Person wegen anderer, vor der Überstellung begangener Straftaten vor Gericht gestellt wird (Grundsatz der Spezialität). Eigene Teile betreffen die erklärten Commonwealth-Gebiete und Malaysia. Ein ordnungsgemäß beglaubigter malaysischer Haftbefehl kann von einem Magistrate mit einem Vollstreckungsvermerk versehen und in Singapur vollstreckt werden. Der Magistrate kann die Überstellung jedoch ablehnen

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

oder aufschieben, wenn sie ungerecht oder unzumutbar wäre.[8] Die Vollstreckbarerklärung von Haftbefehlen ist ein Erbe der gemeinsamen Rechtsgeschichte Singapurs und Malaysias, die Teil C beschreibt.

Verträge und ihre Lücken

Singapurs Netz von Auslieferungsverträgen ist enger als das der großen europäischen Finanzplätze. Viele Jahre lang sorgte das Fehlen eines Vertrags mit Indonesien für Spannungen. Indonesische Geschäftsleute, denen nach der Asienkrise Korruption oder Bankbetrug vorgeworfen wurde, sollen in Singapur Zuflucht gefunden haben. Ein Auslieferungsvertrag wurde schließlich beim Treffen der Regierungschefs (Leaders' Retreat) im Januar 2022 unterzeichnet, zusammen mit einem Abkommen über die Verteidigungszusammenarbeit.[9] Er ist inzwischen in Kraft getreten.[10] Kapitel IV von Teil I kommt auf die Beziehungen zu den beiden nahen Nachbarn zurück.

Wo kein Auslieferungsvertrag besteht, füllen Rechtshilfe und Abschiebung einen Teil der Lücke. Im Geldwäschefall von 2023 wurden die verurteilten Ausländer nach Verbüßung ihrer Strafen zwischen Mai und Juli 2024 nach Kambodscha, Japan und in das Vereinigte Königreich abgeschoben.[11] Die Abschiebung ist eine Verwaltungsmaßnahme ohne die Garantien der Auslieferung. Sie stellt nicht sicher, dass sich die Person für anderswo begangene Straftaten vor Gericht verantworten muss.

Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden und Financial Intelligence Units

Die förmliche Rechtshilfe ist nur ein Kanal. Das Suspicious Transaction Reporting Office, Singapurs nach Section 5 des CDSA errichtete Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit), kann Informationen an eine entsprechende ausländische Behörde weitergeben, wenn sie für die Ermittlung einer schweren ausländischen Straftat von Bedeutung sein können. Zu den Voraussetzungen gehören eine Vereinbarung mit dieser Behörde und Zusagen zu Vertraulichkeit und Verwendung, darunter die Zusage, die

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Informationen nicht als Beweismittel zu verwenden.[12] Finanzinformationen können sich daher schnell bewegen, während Beweismittel für ein Gericht weiterhin den langsameren Weg eines förmlichen Ersuchens nehmen müssen.

Die aufsichtsrechtliche Zusammenarbeit bildet einen dritten Kanal. Als die Monetary Authority of Singapore die BSI Bank am 24. Mai 2016 anwies, ihren Geschäftsbetrieb in Singapur einzustellen, war dies der erste Entzug eines Merchant-Bank-Status seit 1984. Die MAS verhängte zugleich Geldsanktionen von 13,3 Millionen S$ wegen 41 Verstößen gegen MAS Notice 1014. Sie verwies sechs Mitglieder der Geschäftsleitung und des Personals der Bank an den Public Prosecutor und erklärte, sie arbeite bei der geordneten Schließung „working closely with the Swiss Financial Market Supervisory Authority (FINMA)“.[13] Eine Aufsichtsmaßnahme, eine strafrechtliche Verweisung und die Abstimmung mit der Heimataufsicht einer Schweizer Bank bildeten so ein einziges Paket. Teil E untersucht dieses Muster näher.

Anmerkungen

1. Mutual Assistance in Criminal Matters Act 2000, Langtitel, ss 7 und 19(1) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
2. MACMA, ss 16(1), 16(2)(b) und 17(1) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
3. MACMA, s 20(1) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); MACMA, s 20(2) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
4. MACMA, s 20(3) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); MACMA, s 20(4) und (5) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
5. MACMA, s 22(1), (2) und (4) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); MACMA, s 25 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

6. MACMA, s 20(2A) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
7. Extradition Act 1968, s 2(1), Definition von „extradition offence“ (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); Extradition Act 1968, ss 4(1) und 7(1) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
8. Extradition Act 1968, ss 8(1) und 8(2)(c) (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026); Extradition Act 1968, Part 5 (ss 27–30, Commonwealth-Gebiete) und Part 6 (ss 32–39, Malaysia), insbesondere ss 33(1) und 36 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
9. Wikipedia, „Indonesia–Singapore relations“ (abgerufen im November 2026): Auslieferungsvertrag unterzeichnet beim „5th Singapore–Indonesia Leader’s Retreat“ im Januar 2022, nach dem die beiden Staaten „will grant extradition for a comprehensive list of extraditable offences“; Abkommen über die Verteidigungszusammenarbeit beim selben Treffen unterzeichnet. ↩
10. Inkrafttreten des Auslieferungsvertrags zwischen Singapur und Indonesien im März 2024 und seine rückwirkende Erstreckung auf Straftaten, die bis zu 18 Jahre zuvor begangen wurden. ↩
11. Wikipedia, „2023 Singapore money laundering case“ (abgerufen im November 2026): Abschiebung von Wang Baosen und Su Wenqiang nach Kambodscha am 6. Mai 2024, von Su Haijin und Su Baolin nach Kambodscha und von Vang Shuiming nach Japan am 1. Juni 2024, von Zhang Ruijin, Chen Qingyuan und Lin Baoying nach Kambodscha am 15. Juni 2024, von Wang Dehai in das Vereinigte Königreich am 6. Juli 2024 und von Su Jianfeng nach Kambodscha am 26. Juli 2024. ↩
12. CDSA, ss 5(1) und 48 (Text nach lawplayer.com, abgerufen im November 2026). ↩
13. MAS, „MAS directs BSI Bank to shut down in Singapore“, Medienmitteilung, 24. Mai 2016, mas.gov.sg. ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com